



Tiina Itkonen, *Falling Iceberg, Uummanaq*, 2010, 70 × 200 cm

Ukraine: Was wollen die USA?

von **Hélène Richard**

Die Fronten sind verhärtet. Weder Moskau noch Kiew wollen zurück an den Verhandlungstisch. Für die USA, die bisher nicht wenig vom Krieg profitiert haben, sind jedoch Verhandlungen kein Tabu mehr.

Im November drangen neue, friedvollere Töne aus dem Weißen Haus. Die Presse berichtete, dass der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan in Kontakt stehe mit Vertrauten des russischen Präsidenten, insbesondere Juri Utschakow, Putins außenpolitischem Berater. Dass dieser Kanal existiert und von Washington öffentlich gemacht wurde, ist als Zeichen interpretiert worden, dass man Verhandlungen mit Russland sondiert. Gleichzeitig betonte US-Präsident Joe Biden am 14. November auf dem Weg zum G20-Gipfel auf Bali erneut, dass Kiew weiter den Fahrplan bestimme. Es würden keine Entscheidungen „über die Ukraine ohne die Ukraine“ gefällt.

Der Besuch seines ukrainischen Amtskollegen Selenski am 21. Dezember in Washington war dann die Gelegenheit, eine Botschaft der „Koordination und Übereinstimmung“ auszusenden, wie ein Beamter des Weißen Hauses kurz vor dem Treffen sagte. Gleichwohl sind Verhandlungen für die USA kein Tabu mehr, auch wenn weiter große Mengen an Waffen und Munition in die Ukraine geliefert werden.

Überraschenderweise hält derzeit das Pentagon die Fahne der Diplomatie

höher als das Weiße Haus. Laut US-Generalstabschef Mark Milley könnte ein Abflauen der Kämpfe im Winter eine „Gelegenheit für Verhandlungen“ bieten. Die US-Militärs sind zur Überzeugung gelangt, dass keines der beiden Lager das andere besiegen kann. „Es braucht die beidseitige Anerkennung, dass ein militärischer Sieg im eigentlichen Wortsinn wahrscheinlich nicht möglich ist und man sich daher anderen Mitteln zuwenden muss“, erklärte Milley bei einer Rede vor dem New York Economic Club im November.

Die diplomatische Annäherung kommt zu einer Zeit, da Washington bereits nicht wenig vom Krieg profitiert hat: Das militärische Versagen des russischen Rivalen ist offensichtlich. In Cherson hat die russische Armee ihre dritte Niederlage erlitten, nachdem sie sich bereits im März aus der Region Kiew und im September aus der Oblast Charkiw zurückziehen musste. Die Nato hat mit Finnland und Schweden zwei neue potenzielle Mitglieder gewonnen. Und die Auftragsbücher des militärisch-industriellen Komplexes der USA füllen sich.¹

Überdies ist die energiepolitische Abkopplung Europas von Russland, die von den USA spätestens seit dem Bau der Pipeline Nord Stream 1 in den 2000er Jahren betrieben wurde, besiegelt. Das zeigt etwa die Unterzeichnung langfristiger Verträge mit Katar über die Lieferung von Flüssiggas (LNG). Auch immer mehr US-Frackinggas fließt durch europäische Leitungen; seit Kurzem wird es auch über

den ersten deutschen LNG-Terminal in Wilhelmshaven angelandet. Zugleich leidet die europäische Industrie unter den massiven Energiepreiserhöhungen und verliert einen Wettbewerbsvorteil – wovon vor allem die mit Staatshilfen gepöppelte US-Konkurrenz profitiert.

Diese spektakuläre Stärkung der amerikanischen Position ist das Ergebnis einer Strategie, die mehrfach angepasst wurde, aber stets dasselbe Ziel verfolgte: Russland, dem neben China größten Systemrivalen der USA, möglichst eine strategische Niederlage zuzufügen. Dabei tritt Washington vor allem dann für eine gerechte Sache ein, wenn dies auch seinen eigenen Interessen nutzt.

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar kam Washington indes alles andere als gelegen. Denn eigentlich stand die Rivalität mit China im Fokus. Nach Beginn der Invasion erzwang die USA zunächst, die ukrainische Armee ihrem Schicksal zu überlassen. Sie trauten ihr kaum zu, dem Ansturm der russischen Truppen standzuhalten. Präsident Wolodimir Selenski bot man Fluchhilfe an, damit dieser eine Exilregierung aufbauen könnte.

Umfassende Wirtschaftssanktionen bildeten zunächst das Herzstück der zwischen Washington und Brüssel koordinierten Strategie.² Erst Ende März, als sich die russischen Truppen aus den Vororten Kiw zurückziehen mussten, entschlossen sich die USA zu einer soliden Bewaffnung der ukrainischen Streitkräfte. Dem Weißen Haus

kamen dabei die strategischen Fehler des Kreml zupass. Als dann am 1. April die Gräueltaten der russischen Armee in Butscha ans Licht kamen, begünstigte dieser Schock den Strategiewechsel zusätzlich.

Die westlichen Alliierten traten auf die Bremse, als die Ukraine mit Russland sprach und im Gegenzug für Sicherheitsgarantien die eigene Neutralität anbot. Als am 9. April der damalige britische Premierminister Boris Johnson überraschend die Ukraine besuchte, war klar: London und damit auch Washington, als dessen Gesandter er auftrat, lehnten solche Konzessionen gegenüber Putin ab.³

Die Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew wurden zunächst auf die Arbeitsebene herabgestuft, am 13. April scheiterten sie endgültig. Danach wurden die Waffenlieferungen an die Ukraine das ganze Frühjahr hindurch immer weiter aufgestockt. Die Palette reichte von mobilen Panzer- und Luftabwehrraketen der Typen Javelin und Stinger bis hin zu Flugabwehr- und Antischiffsystemen. Die gelieferten Waffen spielten eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Gegenoffensive ab September, bei der die ukrainische Armee die Stadt Cherson im Süden des Landes zurückeroberte.

Washington hielt sich also zunächst zurück, wendet dann aber gewaltige Summen auf, um Kiew zu unterstützen. Laut dem deutschen Kiel Institut für Weltwirtschaft mobilisierten die USA fast 48 Milliarden US-Dollar, von denen 23 Milliarden auf die Militärhilfe

entfielen.⁴ Inzwischen sucht die US-Regierung jedoch das Bremspedal. Sie ist sich bewusst, dass eine Eskalation und eine daraus folgende direkte Konfrontation mit Moskau ihre strategischen Gewinne zunichtemachen würden.

Ende August führte die Ukraine mehrere Operationen auf russischem Boden durch, die in Washington für Irritation sorgten. Anonyme Quellen aus dem Pentagon und bei der CIA ließen die *New York Times*⁵ – und damit auch Kiew – wissen, dass der mutmaßlich vom ukrainischen Geheimdienst begangene Mord an Daria Dugina, der Tochter des russischen Ideologen Alexander Dugin, nicht gutgeheißen wurde.

Auch der Anschlag vom 8. Oktober auf die Kertsch-Brücke, die die Krim mit Russland verbindet, stieß im Weißen Haus auf wenig Begeisterung. Diese Aktionen hatten eher symbolische denn militärische Bedeutung. Die Brücke wurde unverzüglich repariert und von Präsident Putin persönlich in Augenschein genommen. Russland reagierte bis hin zu Flugabwehr- und Antischiffsystemen. Die gelieferten Waffen spielten eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Gegenoffensive ab September, bei der die ukrainische Armee die Stadt Cherson im Süden des Landes zurückeroberte.

Washington hielt sich also zunächst zurück, wendet dann aber gewaltige Summen auf, um Kiew zu unterstützen. Laut dem deutschen Kiel Institut für Weltwirtschaft mobilisierten die USA fast 48 Milliarden US-Dollar, von denen 23 Milliarden auf die Militärhilfe

Friedenspläne

Es mehren sich in jüngster Zeit die Stimmen, die zu Friedensverhandlungen in der Ukraine aufrufen – selbst in den USA. So hat sich der US-Generalstabschef Mark Milley Anfang November 2022 in dieser Richtung geäußert.¹ Und der Professor für Internationale Beziehungen Charles A. Kupchan, der dem einflussreichen Think-tank Council on Foreign Relations angehört, erklärte, es sei „Zeit, Russland und die Ukraine an den Verhandlungstisch zu bringen“.² Was realistische und praktikable Bedingungen für ein Abkommen sind, muss allerdings erst noch herausgearbeitet werden.

Friedensverträge sind immer schwieriger Kompromisse; in diesem Fall müssen die Bedingungen sowohl für die Ukraine als auch für Russland akzeptabel sein. Das heißt, dass ein Friedensvertrag beiden Ländern mehr Vor- als Nachteile bieten muss. Außerdem sollte er Lehren aus dem geschei-

terten Minsker Abkommen von 2015 ziehen (*siehe den Artikel oben*).

Die Opfer der Invasion können nur mithilfe des Westens und insbesondere der USA vom Sinn möglicher Friedensverhandlungen überzeugt werden. Die Ukraine, die möglicherweise darauf bestehen könnte, einen vollständigen Sieg gegen die russischen Angreifer zu erringen, benötigt konkrete Garantien. Das Land muss sicher sein können, dass die russische Invasion nicht belohnt wird und der Vertrag nicht zu einer Destabilisierung des gesamten internationalen Systems führt.

Und bezüglich Russlands ist anzuerkennen, dass seine Sicherheitsinteressen und -sorgen legitim und mehrere seiner früheren und aktuellen Forderungen nicht aus der Luft gegriffen sind. Im Dezember 2021 hatte Moskau den USA und der Nato dazu jeweils Vertragsentwürfe vorgelegt. Beide lehnten ab. Einige Vertragspunkte hätten wo-

möglich ausgehandelt und vereinbart werden können. Andere Forderungen waren hingegen nur schwer annehmbar oder komplett inakzeptabel.³ Verhandlungen sind aber immer möglich – wenn sie politisch gewollt sind.

Im Verlauf des Jahres 2022 gab es einige wenige Vorschläge, die als Ansatzpunkt für eine Deeskalation und für Friedensverhandlungen hätten dienen können. Zu Beginn der Invasion im Februar schrieben Angehörige einer Gruppe von ehemaligen Diplomaten und von Forschern in einem offenen Brief in der *Financial Times*, dass es „für die Nato möglich sein muss, in enger Zusammenarbeit mit der Ukraine detaillierte Vorschläge für die Verhandlung eines neuen Vertrags mit Russland vorzulegen, der keine institutionelle Feindschaft erzeugt“.⁴

Ein solcher Vertrag sollte den überprüfbareren Abzug atomwaffenfähiger Raketen beinhalten, vertrauensbil-

dende militärische Maßnahmen zur Begrenzung der Truppenstärke und der Stationierung von Streitkräften sowie eine internationale Vereinbarung über die umstrittenen russisch-ukrainischen Grenzen.

Oscar Arias, Friedensnobelpreisträger von 1987 und früherer Präsident von Costa Rica, sowie Jonathan Granoff, Vorsitzender des Global Security Institute, gingen noch weiter. Sie regten im Juli 2022 an, die Nato solle vor möglichen Verhandlungen den Abzug aller US-amerikanischen Atomsprengeköpfe aus Europa und der Türkei vorbereiten.⁵ Der tatsächliche Abzug könne erfolgen, sobald sich Russland und die Ukraine über die Bedingungen eines Friedensvertrags einig sind.

Ein solcher Ansatz hätte die Nato militärisch nicht geschwächt, aber Wladimir Putins Aufmerksamkeit geweckt und ihn vielleicht an den Verhandlungstisch gebracht. Diese Art der

Strategie wird „Altercasting“ genannt: Um den Kontrahenten zu überzeugen, wird dieser in eine andere Position versetzt. So entsteht eine neue Beziehung, die die Gegenseite dazu bewegen kann, gemäß ihrer neuen Rolle zu handeln. Diese Methode hatte Michail Gorbatschow Mitte der 1980er Jahre im Ringen mit Ronald Reagan angewandt.⁶

Mit Blick auf einen möglichen Friedensvertrag sollten zwei Instrumente nicht außer Acht gelassen werden: die „entmilitarisierte Zone“ sowie das „Gebiet unter Verwaltung der Vereinten Nationen“. Es wäre nicht das erste Mal, dass die UNO im Rahmen ihrer Friedensbemühungen bei der Einrichtung von entmilitarisierten Zonen und Treuhandgebieten hilft und diese verwaltet.

Zumindest zeitweise verwaltete die UNO auch ganze Gebiete direkt, so etwa bei der UN-Übergangsverwaltung für Osttimor (Untaet) in den Jahren